

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Ostales und Provinziales Reich: Drechsler, für die Justizteil: Rudolf Kobanski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Wollender, Leipzig. — Verl. der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königsstr. 5.

Bezugspreise: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postämtern vierteljährlich 2.70 M. ohne Beklebung. Einzelne Nummern 10 Pf. — In Fertigung: Die Zeitg. Kolonialzeitung 20 Pfennig, Merzener u. a. auswärts 25 Pfennig, im Restamtzeitung 20 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27, Fernnr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 210.

Halle, Mittwoch den 11. September 1918.

2. Jahrgang.

An die Partei!

Draußen stehen unsere Brüder im furchtbaren Kampf, den sie seit Beginn des Weltkrieges zu bestehen hatten. Dabei spielt unterdessen das preussische Herrenhaus ein un würdiges Spiel mit Volksrechten. Das Abgeordnetenhaus hat die Wahlrechtsvorlage in einer Form verabschiedet, in der auch die Regierung eine Erfüllung freiwillig gegebener Versprechen nicht zu erfüllen vermag. Statt aber das widerwärtige Haus aufzulösen und an die Wähler zu appellieren, hat die Regierung die Vorlage an das Herrenhaus weitergehen lassen in der Hoffnung, dieses würde sie in einer Form wiederüberstellen, die der förmlichen Wahlrechtsreform vom 11. Juli u. J. entspricht. Diese Hoffnung hat sich als eitel erwiesen. Die fünf der eifrigen Anhänger des freien Wahlrechts im Herrenhaus ist zu gering, daß sie als abschlagend nicht in Betracht kommt. Eine Winderhebung will an die Stelle des bisherigen Dreifachwahlrechts ein Mehrstimmrecht für das Alter setzen, dafür aber die Rechte der gewählten Volksvertreter verkürzen. Die konervative Mehrheit hält an der Forderung eines überaus ständischen Wahlrechts fest.

Zugleich treten in der Laizität, daß sich der Herrenhausauschluß nach dreitägiger Geheimberatung gleich wieder für fünf Tage verlagert hat, Verschleppungsabsichten deutlich in Erscheinung. Wie lange soll das arbeitende Volk Preußens und Deutschlands diesem unbilligen Spiel noch zusehen? Wenn die Regierung in unbegreiflicher Verkennung der von der Zeit gebotenen Notwendigkeit die Erfüllung unserer Pflicht immer wieder hinausschiebt, so muß das Volk sie nachdrücklich an sie erinnern.

Die ungeheure Mehrheit unserer Volksgenossen ist in diesen Krieg gegangen in der Überzeugung, daß sie nicht für die Erhaltung Deutschlands, wie es vor dem Kriege war, sondern für ein besseres und freieres Deutschland kämpft. Durch gabtliche Ministerreden und schließlich durch die Wohlredenspolitik vom 11. Juli ist sie in dieser Überzeugung bekräftigt worden. Die seitdem eingetretene Enttäuschung hat auf den Geist des Volkes in erbitternder und tief niederdrückender Weise gewirkt, wie uns zahllose Briefe aus dem Felde und Ausgebungen aus der Heimat beweisen. Die Rechtserweigerer des preussischen Landtags haben so durch ihr unverantwortliches Treiben die Sache des im feinen Dasein kämpfenden Volkes aufs allerwunderschuldigste. Keine Abkühlung kann von der Anklage entlasten, in einer Stunde geschichtlicher Verantwortung für beschränktes Ständesinteresse über die Lebensnotwendigkeit des Ganges gestellt zu haben.

Indem sie die Sache der Verteidigung schädigen, schädigen sie auch die Sache des Friedens. Denn es ist für die Kriegsvorgänger von Nutzen nicht schwer, daß und Wehrtrauen gegen das Deutsche Reich und seine Einrichtungen zu erregen, wenn im größten deutschen Bundeshaushalt ein Recht verweigert wird, das ihm sonst in keinem Lande der Welt vorenthalten geblieben ist. Es ist kein Zufall, daß die selben Kreise, die die Sache des Friedens auf solche Weise schädigen, durch die Aufstellung unangenehmer Erwerbsverhältnisse durch die Verlängerung des Krieges gewonnen sind.

Nur durch entschlossenen Kampf gegen den verderblichen Geist eines Herrenhauses, das nach außen auf das Evangelium der Gewalt schwört und sich im Innern an seine selbstfeindlichen Widersprüche flammert, kann dem Volke das verlorene Recht und ein baldiger, allen Willkür ferngeleiteter Frieden erstritten werden.

Im Namen der Millionen, die hinter uns stehen und die heute ihren Einfluß auf die Entscheidung der Regierung nicht geltend machen können, protestieren wir auf das schärfste gegen die Fortsetzung der Wahlrechtskomödie im Herrenhaus und fordern die:

**! Sofortige Auflösung des Abgeordnetenhauses.
! Fort mit dem Dreifachparlament, fort mit dem Herrenhaus!
! Fort mit dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht!**

**! Es lebe die Demokratie und der Frieden!
! Die Parteilosigkeit der Sozialdemokratie Preußens.
! Der Vorstand
! der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.**

Preußen soll vorangehen!

Zur Wahlrechtsfrage gab der zuständige hiesige Staatsminister die Erklärung ab, daß eine Vorlage im Herbst zu erwarten sei. Die Regierung versage aufmerksamen die Einwirkungs in den anderen Bundesstaaten, es sei aber eine beantwortungswürdige Entscheidung für sie, da es darauf ankomme, die Staatsnotwendigkeiten im Auge zu behalten. Mit Rücksicht hierauf ist die Entscheidung „unabsehbar schwer“, und man könne nur sehr vorsichtig vorgehen. Von einer Verschärfung der Forderungen wurde im Landtag abgesehen, weil erst die bestimmte Forderung der Regierung vorliegt, im Herbst mit der Vorlage herzutreten.

Das hiesige Landtagswahlrecht ist geheim und direkt, aber „dreifach“, und dem „Wahlrecht“ ist zudem eine „ermittelte“ Stellung eingeräumt durch fünf „Mitglieder“, deren Ansehen von den größten Grundbesitzern des Landes geschützt worden. Die Regierung ging bisher darauf aus, dem Wahlrecht die maßgebende Stellung zu erhalten.

Eine Ernährungsdenschrift.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei und die Generalkommission der Gewerkschaften haben an den Reichstagsrat in der Frage des Ernährungswesens die folgende Denschrift gerichtet: Berlin, den 9. September 1918.

An den Herrn Reichstagsrat, Berlin.

Die steigende Inflation, die aus allen Teilen des Reiches und der verschickenden Volksglieder wegen der unzureichenden Lebensmittelversorgung in bitteren Klagen und Forderungen an uns zum Ausdruck kommt, veranlaßt uns, nochmals, die Aufmerksamkeit Eurer Excellenz auf die höchstbedenklichen Zustände zu lenken, unter denen die Bevölkerung des Reiches gegenwärtig zu leben gezwungen ist. Wir haben diese Klagen wiederholt mündlich und schriftlich in eingehend motivierten Darlegungen Eurer Excellenz und Ihren Herren Vorgesetzten vorgelesen, dem Kriegsernährungsamt und dem Reichsamt des Innern übermittelt, ohne von letzterem in allen Fällen Antwort zu können. Neben fanden unsere Vorschläge in den meisten Fällen nicht genügend Beachtung, unsere ersten Warnungen, die nachdrückliche Erfüllung durch geeignete Maßnahmen nicht noch zu steigern, wurden in den Wind geschlagen.

So sind die Lebensmittelbedürfnisse des erwachsenen Volkes häufig schlechter geworden. Jede Erhöhung des Lohnes, jede Leertungszulage war längst durch die gesteuerte Kaufkraft des Geldes wirkungslos gemacht. Die Politik des Kriegsernährungsamtes, die lediglich durch Preissteigerungen die Erhöhung der Produktion zu erzielen versuchte, führte gleich einer Schraube ohne Ende zu einer Verteuerung aller Lebensmittel. Die mit den gesteigerten Produktionskosten nicht gerechtfertigt werden kann. Erzeuger und Händler sind trotzdem mit den Gewinnen nicht zufrieden. Während Millionen Männer auf dem Schlachtfeld für Blut dem Vaterland geben müssen, werden ihre Angehörigen zur ewigen Schande unserer Zeit von eigenen Volksgenossen ausgebeutet, die durch schamlosen Raub mit Lebensmittel die letzten Kräfte der Armen verzehren. Arbeiter, Angestellte, Beamte und Angehörige des Mittelstandes leiden in gleichem Maße unter diesen Zuständen. Ihr Einkommen reicht nicht zum Einkauf der allernotwendigsten Lebensmittel. Die durch die öffentliche Bewirtschaftung erspartenen Lebensmittel sind in ihrer Menge zu gering, um das Leben zu erhalten; so kann sich niemand dem Scheitern entziehen.

Für Kleidung, Schuhe, Wäsche, Haushalts- und Wirtschaftsgegenstände müssen Phantasiestreicherei gesucht werden, die für die meisten unerschwinglich sind. Seit Jahren fehlt hier vielfach die Ergrünung. Derzeitige Wohlstand ist ein Scheitern. Die Preissteigerungen und Lebensmittelbedürfnisse gegen diese Verhältnisse. Alle Ersparnisse werden aufgefressen, nur um das nächste Leben zu erhalten.

Mit dem Wirtschaftswandel gehen die hässlichen Verhältnisse Hand in Hand. Die lange andauernde Unterernährung trägt nicht nur eine erhöhte Sterblichkeit der Kinder und der alten Leute; Frauen und Männer der Arbeiterklasse leiden gesundheitlich aufs schwerste.

Eine Steigerung der Ernährungswirtschaft muß unter allen Umständen durchgesetzt werden. Die Volksgesundheit dauernd nicht noch schwereren Schäden erliegen soll.

Weber hat aber gerade die letzte Zeit mehrfache Verschlechterungen gebracht. Die Getreidepreise werden erhöht und die Regierung bezeichnet die Erhöhung als eine solche, die sich auch für die Minderbemittelten „in erträglichen Grenzen“ bewegen. Aber der Preisprotektionismus liegt der Preis der unentbehrlichen Nahrungsmittel, z. B. der für Getreide von 32 auf 48 Pf., für Getreide von 36 auf 44 Pf., pro Hund, das in eine Steigerung von 50 bis 25 Prozent. Zu der Verschärfung der Protektion, die dauernd bleiben soll, kam die Kürzung der Fleischration und die Einführung fleischer Wogen. So sind dem Volke neue Entbehrungen auferlegt. Die wohlhabende Bevölkerung vermag sich mit Hilfe des Scheinhandels ohne Rücksicht auf dessen fortgesetzte steigende Preise doppelt zu versorgen und hilft sich über die fleischlosen Wogen und die sonstigen Entbehrungen hinweg. Die Armen und Minderbemittelten aber müssen vierzehn Tage — einen halben Monat! — ohne ein noch so kümmerliches Fleischgericht vegetieren. Die zugelegten Fleischmittel sind ungenügend und können die entgangene Fleischration nicht ersetzen.

So sind Brot und Kartoffeln in steigendem Maße das Rückgrat unserer Volksernährung geworden. Deshalb ist es unabweisbare Pflicht der verantwortlichen Stellen, der Bevölkerung schnellstens für diese Verschlechterung mindestens ein erhöhtes Maß an Kartoffeln zu geben. Der Hinweis auf das reichlich vorhandene Gemüse genügt nicht, um diesen Anspruch zurückzuweisen. Sein geringes Nährwert, zumal bei fetter Zubereitung, kann Fleisch und Kartoffeln nicht ersetzen, ganz abgesehen davon, daß so große Quantitäten nicht erhältlich oder bei den tiefen Preisen für die Minderbemittelten nicht erschwinglich sind.

Trotzdem besteht die Pflicht der Reichsleitung, den kommenden Jahren wieder das unzureichende Quantum von fleischigem Brot, Kartoffeln, aus Kopf und Weizen zu lenken. Die Einzelheiten des Kriegsernährungsamtes ist bekannt, daß die Festlegung als „vorläufige“ bis zur Festlegung des Kriegsernährungsamtes zu gehen habe. Denn sollte es nicht eine Erhöhung möglich ist. Genau die gleiche Erklärung, diese tröstliche Hinweis ist der Bevölkerung noch aus dem verflochtenen Netz in Erinnerung. Trotz der abnehmenden Kartoffelernte war bereits eine Erhöhung der Kartoffelration auf 10 Pfund pro Woche nicht zu erreichen. Transportverweigerungen wurden als das Haupthindernis gegen die Erfüllung dieser Forderung ins Feld geführt. Jetzt wird der gleiche Einwand erhoben.

Im Falle zur die Fleischration neue Erzeugung hervor. Sollte keine Erzeugung in Form entstehen, die wir nicht wünschen, so trifft die ganze Schwere der Schuld allein die verantwortlichen Stellen des Reichs. Die Erfahrung hat gezeigt, daß im verflochtenen Jahre die Bevölkerung mit der Nation von fleischigem Brot Kartoffeln nicht auskommen konnte. Wer es eben konnte, hat sich darüber hinaus selbst mit Kartoffeln verorgt. Die „Transportverweigerungen“ des Kriegsernährungsamtes schufen eine glänzende Konjunktur für den Scheinhandel.

der die Schwierigkeiten spielend überwand. So umgangen organisierte Inflationist oder mangelnder Willen das dürrende Volk, 20 bis 30 M. für den Zentner Kartoffeln zu zahlen. Die Eisenbahn beförderten Tag für Tag Hunderttausende, die Kartoffeln in geringen Mengen in die Städte brachten. Die Folge also war, gesteigerte Belastung der öffentlichen Transportmittel und unwirtschaftliche Art der Zuführung von Lebensmitteln.

Eine reichlichere Belieferung mit Kartoffeln wirkt dem Scheinhandel erfolgreich entgegen. Was drastische Strafmaßnahmen niemals erzielen können, würde durch sie erreicht. Die Beibehaltung der Kartoffelration von fleischigem Brot muß die Bevölkerung als Begünstigung des Scheinhandels empfinden.

Bereits am 25. Januar 1918 erklärte Herr Professor Dr. Kuttner im Parlamentarischen Beirat des Kriegsernährungsamtes, daß eine Verabminderung der damals gegebenen Lebensmittel unzulässig und eine Erhöhung der Kartoffelration auf 10 Pfund das Gebot unwiderstehlicher Notwendigkeit wäre, um das Minimum zur Erhaltung von Gesundheit und Leben zu erreichen.

Seltener Zeit ist, wie wir ausführlich, die Brotration herabgesetzt, die Fleischration vergrößert, und fleischlose Wogen eingeführt worden und durch steigende Leertung der Einkauf erschwert. Deshalb ist eine Erhöhung der Kartoffelration selbst auf 10 Pfund heute nicht mehr ausreichend, um den notwendigen Ausgleich herbeizuführen.

Wir müssen daher Euer Excellenz aufs dringendste ersuchen, zu veranlassen, daß alles geschieht, damit die gesamte Bevölkerung mit der öffentlichen Bewirtschaftung durch geeignete Maßnahmen die vorhandenen Transportverweigerungen beseitigt und eine wesentliche Erhöhung der Kartoffelration baldmöglichst durchgeführt wird.

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
H. C. Ebert.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
Carl Legien.

Erhöhung der Brotration?

Dem Ver. Zgl. zufolge besteht an maßgebender Stelle die Absicht, vom 1. Oktober an die Brotration wieder auf ihre alte Höhe zu bringen. Die Brotration von 200 Gramm soll beibehalten werden; es sollen außerdem 10 Prozent Ergrünungsmittel bei der Brotbereitung verwendet werden. Die Ergrünung der Brotkrumen ist durchaus notwendig, bis aber die ergrünende Nachzügler ihre Befähigung finden wird? Von anderer Seite wird die Nachzügler des Berliner Logobrottes bereits als nicht richtig zurückgewiesen.

Auch für eine Erhöhung der Kartoffelration von 7 auf 10 Pfund soll wegen der schlechten Ernte keine Aussicht sein. Und Fleisch gibt's ja auch nicht. Was soll da werden?

Fleischlose Wachen — Verschleppung von Kindern!

Über 300 000 Kinder in einem Vierteljahr verschwand!

Das ist das neueste amtliche Feststellungsergebnis über den Erfolg der mit den großen Worten angehängten beispiellosen Bekämpfung des Scheinhandels. In einem Rundschreiben des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamtes u. a. B. vom 1. Juni 1918, das in etwas unklarer Darstellung, u. a.: „Der Bestand der Kinder über 3 Monate im Deutschen Reich hat in der Zahl vom 1. März bis 1. Juni 1918 um rund 332 000 Stück abgenommen. Die Abnahme, welche in diesem Zeitraum durch die Umfragen der Reichsstatistik auf den Viehstand gestellt wurden, betrug 593 242 Stück mehr, als der Viehstand bei einer normalen Abgabe von 4,5 Prozent ohne Verminderung hätte leisten können. Es sind demnach 239 017 Kinder ohne Nachweis des Verbleibs verschwunden. Dieser Unterschied wird auch nicht dadurch aufgefüllt, daß etwa infolge des Minderangebots oder etwa infolge der Unerschließbarkeit der Schweißmülllager eine wesentliche Erhöhung der Schlachttiere der Kinder über die Umlage hinaus zu verzeichnen wäre. Im Gegenteil ergibt eine Vergleichung mit den angemessenen Schlachtungen in Deutschland eine Zunahme von 334 030 Kindern, deren Verbleib nicht festgestellt ist. In welchem Umfang der Scheinhandel an dem Verbleib von Kindern und Schwelgen beteiligt ist, ist zahlenmäßig schwer festzustellen. Es liegt aber fest, daß die Verringerung des Schweinebestandes sehr zahlreiche Kinder bemitleiden mußte; denn im April 1917 bis 30. März 1918 verbotsmäßig geschlachtet wurden, ist auf 1,3 Millionen zu berechnen.“

Also über eine Viertelmillion Kinder in einem Vierteljahr verschwunden! Das bedeutet einem Jahresverlust von weit über eine Million. Dazu kommen 1,3 Millionen Schweine, ohne die ungeschlachten Säuger und Schweine. Wer aber bürgt dafür, daß diese Zahlen richtig sind? Bei der lächerlichen Statistik kann der Verlust mit gutem Recht weit höher angesetzt werden. Der erschreckende Mangel der betreffenden Reichsteile haben wir die Verschleppung der Fleischrationen und nun auch noch die fleischlosen Wogen zu verdanken, von denen man heute schon sagen kann, daß sie sich in einer dauernden Erhaltung auswirken werden. Will dieser Verlust nicht aber der Wirkung sein, den Millionen von Millionen Kindern zur Folge haben muß, noch lange nicht geschlossen!

Angenichts dieser Zustände wirkt es nachdrücklicher, wenn sich der Staatssekretär von einer vermehrten Belieferung der Randorte Erfolg verspricht! Rückwärts! Trotzt allein kann uns aus diesen Zuständen hinausführen. Aber gerade das mangelt es am meisten, wenigstens den geeigneten Dörfern gegenüber.

